

Eine ausschließlich männliche Sichtweise

>> BRIEF DES TAGES

Replik auf „Gruselschocker statt Eigenverantwortung“, Meinung von Karl Ettinger, 15. April.

Sehr geehrter Herr Ettinger, so sehr ich Sie sonst schätze und bei Ihnen normalerweise mehr Verständnis für Gerechtigkeit und Benachteiligung einer für die Gesellschaft unersetzlichen Personengruppe – nämlich der Mütter – orten kann, so sehr verwundert mich dieser Kommentar.

Ihr Satz „Wer das nicht rechtzeitig durchschaut, wird später einmal mit der Halbierung seiner Pension bestraft“ entlarvt sehr deutlich die – für die überwiegende Zahl der Männer nicht unübliche – ausschließlich männliche Sichtweise. Im Umkehrschluss heißt das nämlich, dass bei Beibehaltung der derzeit geltenden Regelung – wie ja auch aus Millionen Frauenschicksalen ersichtlich – jene Mütter, die ihren Kindern zuliebe einige bis viele Jahre auf eigene Erwerbsarbeit verzichten oder sie reduzieren (auch um den vollzeiterwerbstätigen Ehemann von der Last einer Mithilfe im Haushalt und/oder der Kindererziehung zu entbinden), bei Antritt ihrer Pension dafür bestraft werden, indem diese – je nach Dauer der unbezahlten (und offensichtlich auch unbedankten) Familienarbeit – um 20 bis 80 Prozent geringer ist, als die ihres Ehemannes.

Jetzt gehe ich davon aus, dass auch in Ihrer Sichtweise beide Elternteile eine gleiche Verantwortung für ihre Kinder haben. Gerechte und faire Eigenverantwortung würde daher auch bedeuten, dass Eltern entweder die Erziehungs- und Familienarbeit gerecht und fair untereinander aufteilen (derzeit ist „halbe-halbe“ in Österreich laut statistischen Angaben immer noch 80:20 zulasten der Frauen) oder sich darüber einig werden, welcher Elternteil den Kindern zuliebe für welchen Zeitraum seine Erwerbsarbeit reduziert – und dann wäre es eigentlich gerecht und sehr verantwortungsvoll, nicht nur das Einkommen zu teilen, wie das ja Gott sei Dank in funktionierenden Familien noch üblich ist, sondern auch die damit erworbenen Pensionsrechte (die im Übrigen von jenen Kindern bezahlt werden, die gerade gepflegt und erzogen werden). Oder sind Sie anderer Meinung?

Zumindest jene acht Männer und acht Frauen, die das Pensionssplittung bisher beantragt haben, denken so. Das sind also 50 Prozent Männer, obwohl die Zahl der Karenzväter und Hausmänner in Österreich weit unter zehn Prozent liegt. Könnte es sein, dass Männer vorausschauender in Bezug auf ihre Altersabsicherung sind als Frauen oder einfach mutiger, wenn es um das Einfordern ihrer Rechte geht? Wenn dem so ist, dann ist es höchste Zeit, das Thema noch viel lauter zu diskutieren – und ich bin dankbar, wenn die Medien es endlich aufgreifen.

Keine neue Forderung

Es ist nämlich nicht so, dass ich persönlich irgendetwas beweisen muss oder – in Ihrer Diktion – mit der Brechstange „rituelle Teufelsaustreibungen“ vorhabe. Meine in den letzten Tagen – neuerlich – deponierten Vorschläge sind das Ergebnis einer Enquete der ÖVP-Frauen gemeinsam mit der Politischen Akademie der ÖVP und Expertinnen und Experten aus Österreich, Deutschland und der Schweiz im Juni 2007. Als Ergebnis dieser Enquete haben alle Landesleiterinnen im Bundesvorstand der ÖVP-Frauen diese Forderung erhoben, und sie wurde auch von mir an den Bundesparteivorstand der ÖVP und an die Medien herangetragen. Sie fand sich auch im Wahlprogramm der ÖVP-Frauen zur Nationalratswahl 2008.

Es wäre aber nicht das erste Mal, dass an sich richtige Forderungen der ÖVP-Frauen lange übersehen, negiert oder gar lächerlich (siehe Textpassagen Ihres Kommentars) gemacht werden. Der lange Atem in der Politik lohnt sich immer noch, wie die nun endlich vor der Realisierung stehende steuerliche Absetzbarkeit der Kinderbetreuung beweist – im Übrigen ein von mir eingebrachter Antrag der ÖVP-Frauen am Bundesparteitag 1989 (!).

BM a. D. Maria Rauch-Kallat
Bundesleiterin der ÖVP-Frauen

Überflüssige Steuerdebatte

GASTKOMMENTAR VON HANNES ANDROSCH



Die jüngsten Vorschläge zur Steuerreform würden nicht zukunfts-fördernd, sondern zukunfts-hemmend wirken.

Besteuerungsfragen sind komplex. Daher müssen neben den fiskalischen je-weils auch die ökonomischen wie politischen Auswirkungen in Betracht gezogen werden. Diese Gesamtschau findet bei den jetzt in Hülle und Fülle vorgebrachten Vorschlägen für neue Steuern nicht statt.

Die nunmehr ausgelöste Steuerdebatte ist überflüssig: Weil Österreich seit Langem ein Hochsteuerland ist. Die Gesamtsteuerbelastung fällt in unserem Land deutlich höher aus als in Deutschland, geschweige denn in der Schweiz oder in der Slowakei.

Weil Österreich mit 30 Prozent des Sozialprodukts weltweit eine der höchsten Sozialquoten hat. Diese hat sich seit 1955, als das ASVG beschlossen wurde, verdoppelt. Im Zusammenhang mit der Diskussion über die Verteilung des Wohlstands in unserem Land ist auch auf den Gini-Index zu verweisen, der angibt, wie gleichmäßig bzw. wie ungleichmäßig die Einkommen und demnach Vermögen innerhalb einer Volkswirtschaft verteilt sind. Österreich erreichte im entsprechenden Ranking zuletzt Platz sechs hinter Schweden, Dänemark, Slowenien, Island und Norwegen hinsichtlich geringster Ungleichheiten.

De facto eine Dreifachbesteuerung

Weil es gute Gründe gab, warum unter Finanzminister Lacina die Vermögenssteuer und die Gewerbesteuer abgeschafft, der Spitzensteuersatz von 60 auf 50 Prozent gesenkt und eine Endbesteuerung des Kapitalertrags eingeführt wurde. Die Gründe sind nach wie vor gültig, wobei folgende Argumente ins Treffen geführt werden können:

1. Die Vermögenssteuer wurde per 1. 1. 1994 abgeschafft. Im letzten Jahr ihrer Einhebung erbrachte die Vermögenssteuer 720 Mio. Euro, wovon 80 Prozent die Betriebe bezahlten, was für diese eine Investitionsbremse bedeutete. Als Gegenfinanzierung zur abgeschafften Vermögenssteuer wurde 1994 die Kapitalertragssteuer auf Zinsen und Dividenden als Endbesteuerung eingeführt. Diese erbrachte seither 33 Mrd. Euro, davon alleine im Jahr 2008 3800 Mio. Euro.

Eine erneut eingeführte Vermögenssteuer müsste wiederum die Betriebe, vor allem aber auch die Häuselbauer und Autobesitzer treffen, da sie sonst fiskalisch nicht interessant wäre. Der damit bewirkte „politische Erfolg“ ist wohl unschwer auszumachen!

Dazu kommt, dass mit der Wiedereinführung der Vermögenssteuer eine Dreifachbesteuerung verbunden wäre: Zuerst wird das Einkommen besteuert. Wird davon ein Teil gespart und Vermögen gebildet, so werden die Einkünfte daraus mit der Kapitalertragssteuer belegt. Die Vermö-



genssteuer würde eine dritte Belastungsstufe bedeuten, die wirksam würde, selbst wenn keine Einkünfte erzielt werden. Dies hätte eine Substanzverringerung, also Teilentwertung zur Folge. Die neue Abgabe würde auch die steuerliche Last der Unternehmen in die Höhe treiben.

Dieser Weg kann nicht zielführend sein, wenn eine höhere Wirtschafts- und Innovationsleistung erreicht, mehr Arbeitsplätze und höhere Einkommen geschaffen und ausreichende Steuereinnahmen zur Finanzierung der öffentlichen Aufgaben, vor allem des Sozialstaates, generiert werden sollten.

2. Eine Wertschöpfungsabgabe würde ebenfalls den Effekt einer Investitionsbremse haben, weil durch diese Abschreibungen und – je nach Definition – auch Vorleistungen wie Energie oder Rohstoffe besteuert würden. Dies würde die Wiedereinführung der ebenfalls 1994 abgeschafften Gewerbesteuer und Ertragssteuer bedeuten.

Eine Gewerbeertragsteuer kommt bei Kapitalgesellschaften einer Doppelbesteuerung gleich, weil einerseits eine Körperschaftsteuer eingehoben wird und andererseits durch die Gewerbesteuer eine Besteuerung der Investitionen erfolgt.

3. Eine Vermögenszuwachsabgabe existiert bereits, und zwar in Form der Spekulationssteuer bei Aktien und Immobilien. Beträgt der Aktienbesitz an einem Unternehmen mehr als ein Prozent, dann sind Veräußerungsgewinne voll einkommens- bzw. lohnsteuerpflichtig. Beträgt ein entsprechender Anteil weniger als ein Prozent, dann gilt dies für Verkäufe innerhalb eines Jahres.

Dr. Hannes Androsch ist Chef von AIC Androsch International und war langjähriger SPÖ-Finanzminister.



meinung@diepresse.com

quergeschrieben

Tiefer geht's immer

Für Teile der SPÖ sind bestimmte Menschen „unerwünscht“: ein neuer Höhepunkt des Kotpöpopulismus.

Franz Voves, der sozialistische steirische Kernöl-Chavez, wird sich am Mittwoch ordentlich gegifft haben. Denn an jenem Tag zitierte der „Standard“ seinen oberösterreichischen Kollegen Erich Haider, den dortigen SPÖ-Chef, mit folgender Auslassung: „Jeder, der mit Aktien spekuliert, muss spüren, dass er unerwünscht ist.“ Deshalb müssten der Aktienhandel an der Börse, aber auch die Stiftungen „sehr hoch“ besteuert werden.

Wir sehen förmlich vor uns, wie Voves – der neuerdings die Rückverstaatlichung von Industriebetrieben erwägt – da der schiere Neid gefressen hat. Besteuerung von Börsengeschäften oder Stiftungen, na gut, das wird er dem Haider noch gegönnt haben, fordert in der SPÖ außer deren Vorsitzendem eh fast jeder. Aber die Idee, nicht nur Aktienbesitz, sondern den Aktienbesitzer selbst für „unerwünscht“ zu erklären, die ist wirklich neu. Oder zumindest fast

neu: Schließlich haben auch die Nationalsozialisten weiland einen Teil der Kapitalisten als „unerwünscht“ erklärt.

Es wird interessant sein zu hören, was Herr Haider mit diesen „unerwünschten“ Menschen eigentlich vorhat (und an welche Traditionen er anzuknüpfen gedenkt).

Man muss für Haider freilich ein gewisses Verständnis aufbringen: Der Markt für derartigen Kotpöpopulismus ist mittlerweile genauso hart wie jeder andere auch. Der Wettbewerb der Seelenfänger ist brutal, die Kundschaft immer wählerischer, so wie ja auch die von Gewaltvideospiele.

Jörg Haider hatte es da als Quasimonopolist noch leicht; doch seine Nachfolger wie Haider (Erich), Voves, Strache und einige andere müssen mittlerweile im liberalisierten Populismusmarkt mit ihren doch bescheidenen diskursiven Möglichkeiten verdammt hart um jenes Wählersegment raufen, das selbst einfachste ökonomische Zusammenhänge für eine besonders gefinkelte Art von Gaunerei hält und jeden Satz mit Subjekt und Prädikat für eine Zumutung.

Es entspricht der Marktlogik, dass in diesem Wettbewerb permanent alle nur denk-

Bei Immobilien gilt die gleiche Regelung bei Verkäufen innerhalb einer Zehnjahresfrist. Es sei dahingestellt, inwieweit diese Regelungen sinnvoll sind. Auf jeden Fall aber wäre es finanzverfassungsrechtlich unzulässig, denselben Tatbestand mit einer zweiten Form einer Besteuerung zu belegen.

Das falsche Signal in der Krise

Im Übrigen wäre es zynisch, gerade jetzt, wo die Aktien und Immobilienwerte so tief gesunken und große Teile von ersparten Mitteln verloren gegangen sind – nicht wenige haben durch betrügerische Machenschaften sogar einen Totalverlust erlitten – eine Vermögenszuwachsabgabe einzuführen. Damit würden im Falle der Erholung der Werte diese noch einmal, noch dazu vom Staat bestraft werden. Zu berücksichtigen ist weiters, dass von einer solchen Maßnahme im Besonderen auch die Pensionskassen betroffen wären.

Fazit: Die in die öffentliche Diskussion eingebrachten steuerlichen Vorschläge verkennen die gesamtwirtschaftlichen Zusammenhänge und würden nicht zukunfts-fördernd, sondern vielmehr zukunfts-hemmend wirken. Sie sind in der Krise das falsche Signal. Die Krise wird damit nicht bekämpft, vielmehr wird dadurch der Weg aus der Krise erschwert. Jetzt wäre es vielmehr notwendig, statt neuer Steuern die vorhandenen Einsparungspotenziale in Höhe von rund zehn Mrd. Euro im öffentlichen Bereich umzusetzen, die Wirtschaft anzukurbeln und Bildung, Wissenschaft, Forschung und Universitäten als wichtige Investitionen in die Zukunft massiv zu forcieren, um bessere Qualifikationen und mehr Innovationsdynamik zu erreichen. Davon ist bislang aber leider kaum die Rede, obwohl größter Nachholbedarf besteht, wie etwa die Ergebnisse der Pisa-Studien belegen.



VON CHRISTIAN ORTNER

baren Schamgrenzen nach unten durchbrochen werden. Wenn in Deutschland der dortige Populismusmarktführer Lafontaine offen die Enteiung „reicher Familien“ fordert (ähnlich wie bei uns „Attac“-Ferber), so deutet das an, wohin sich dieser Kotpöpopulismus noch entwickeln wird.

Bemerkenswert ist in diesem Kontext, wie nonchalant die Eliten des Landes diese Entwicklung bisher zur Kenntnis nehmen – und wie naiv das, möglicherweise, ist.

Zwar ist denkbar, dass die SPÖ hier eine Art von Zwei-Marken-Politik versucht: Faymann und die Regierungs-SPÖ als Partei der Mitte; Voves und Haider als linkspopulistisches Sub-Label, das vor allem der FPÖ die extraschlichte Klientel ausspannen soll.

Mag sein. Zu vermuten, dass jener intellektuelle Mundgeruch, den Haider & Co. verströmen, wieder zum Verschwinden zu bringen sein wird, könnte sich freilich als törichte politische Naivität herausstellen.

Christian Ortner ist Journalist in Wien.



christian-ortner@chello.at
www.ortneronline.at